

ALLES GLAUBENSSACHE? PRÄVENTION UND POLITISCHE BILDUNG IN EINER GESELLSCHAFT DER DIVERSITÄT

Mit dem Projekt „Alles Glaubenssache?“ lädt die Evangelische Trägergruppe Jugendliche ein, sich über die eigene Religiosität und die Rolle von Religion in unserer Demokratie auszutauschen. Zentrales Ziel ist es, die Selbstpositionierung und Resilienz von Jugendlichen zu stärken und demokratische Aushandlungsprozesse zu üben. Das Projekt verfolgt in diesem Sinne einen primärpräventiven und ressourcenorientierten Ansatz. Es will insbesondere diejenigen stärken, die extreme Ansprachen erkennen und sich aktiv dagegen zu Wehr setzen wollen. Dazu setzt die Evangelische Trägergruppe auf eine enge Kooperation mit Jugendmigrationsdiensten (JMD), Schulen und konfessionellen wie nicht konfessionellen Trägern politischer Bildung.

Glauben vs. Demokratie?

Was Menschen „glauben“ beeinflusst unser Zusammenleben. Es trägt dazu bei, wie Konflikte ausgetragen werden. Es prägt unsere sozialen Interaktionen und unsere Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen. Das gilt für religiös geprägte Weltbilder oder die dezidierte Ablehnung jedes religiösen Bekenntnisses genauso wie für unsere politischen Überzeugungen.

Denn Glaubenssätze müssen sich nicht notwendigerweise auf Religion beziehen. Vielmehr zeigt gerade die aktuelle Polarisierung gesellschaftspolitischer Debatten, dass viele Menschen ihre eigene Wahrnehmung und Überzeugungen für „wahr“ setzen und deren Infragestellung emotional verteidigen. Für politische Aushandlungsprozesse in einer pluralen Demokratie kann dies zum doppelten Problem werden: Zwar zielen politische Auseinandersetzungen nicht auf die Bestimmung einer unbestreitbaren Wahrheit, sondern auf die Aushandlung von Interessen und den Streit über politische Alternativen.

Doch auch dafür bedarf es zumindest eines Grundkonsenses darüber, wie Positionen begründet werden, nämlich prinzipiell durch den Austausch von Argumenten, die selbstverständlich durch die eigenen Interessen und Grundüberzeugungen geprägt sind, ihre Überzeugungskraft aber aus nachweisbaren Tatsachen oder zumindest nachvollziehbaren Analysen beziehen. Eine reine Gewissensentscheidung zwischen „richtig“ und „falsch“, „schwarz“ und „weiß“ ist in dieser Hinsicht eher die Ausnahme als die Regel demokratischer Politik. Denn wenn die unterschiedlichen Seiten sich nicht mehr überzeugen lassen wollen, gibt es keinen Spielraum mehr für Kompromisse und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Somit gilt auch für Religionen: Wo Gruppen sich jeder Kritik verschließen und Glaube sich zur Ideologie verhärtet, wird eine demokratische Auseinandersetzung unmöglich. Einfache Dichotomien – zwischen richtig und falsch, Gut und Böse, dem Eigenen und dem Fremden – sind von jeher machtvolle Strategien politischer Akteure. In einer Welt, die zunehmend entgrenzt, unübersichtlich und bedrohlich erscheint, wächst bei vielen die Sehnsucht nach eindeutigen, Orientierung gebenden Leitsätzen und Ideologien. Vor diesem Hintergrund ist es lohnenswert und notwendig, religiöse und andere „Glaubenssachen“ in der politischen Bildung stärker zu berücksichtigen und deren Bedeutung mit Jugendlichen zu thematisieren. Im Kern geht es um die Frage, wie Menschen miteinander in einer Demokratie streiten und zu gemeinsamen Lösungen kommen können, obwohl sie unterschiedliche Wertvorstellungen, Positionen und Meinungen haben.

Ce
e
ist



Dazu gehört es, die Fähigkeit von Jugendlichen zur Selbstpositionierung und zur Vertretung ihrer Interessen zu stärken, aber auch eine bewusste Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit von gemeinsamen Spielregeln und Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Für ein friedliches demokratisches Miteinander müssen alle Teile einer Gesellschaft gewillt sein, sich legitimen demokratischen Entscheidungen auch dann zu unterwerfen, wenn diese ihrer eigenen Position widersprechen.

Religion – omnipräsent und doch kein Thema der politischen Bildung?

Mit dem bisher Gesagten ist ein zentrales, aber kein prinzipiell neues Aufgabenfeld politischer Bildung umrissen. Dennoch zeigt ein Blick auf die schulische und außerschulische Praxis, dass es alles andere als selbstverständlich ist, die Religiosität von Jugendlichen, das Zusammenleben unterschiedlicher Religionsgemeinschaften und ihr Verhältnis zur Demokratie zu thematisieren. Gerade zwischen einer weitgehend säkularisierten und religionsfernen Mehrheitsgesellschaft auf der einen Seite und Gruppen mit einer stärker ausgeprägten Religiosität auf der anderen Seite herrscht mitunter Sprachlosigkeit. Dies ist umso erstaunlicher – und auch beunruhigender – als gleichzeitig keine Woche mehr ohne aufgeheizte mediale Debatten über „den Islam“, „die christlich-jüdische Leitkultur“ oder die vermeintliche Bedrohung „des christlichen Abendlandes“ vergeht. Wenn über das Zusammenleben der Religionen gesprochen wird, dann fast immer aus dem Blickwinkel von Zuwanderung, Integration, Terror und Extremismus.

Dabei werden allzu oft „der Islam“ und „die Muslime“, unabhängig davon ob es sich dabei um eine Selbstzuschreibung handelt oder nicht, als fremd essentialisiert, häufig als bewusste Strategie im Rahmen einer neurechten Ideologie.

Der Begriff „fremd“ bezeichnet dabei nicht nur etwas, das unvertraut ist, sondern das als „nicht zugehörig“ markiert wird. Diese Annahme schwingt häufig mit, wenn beispielsweise Menschen unterschiedlicher Religionen gefragt werden, ob ihr Glaube mit den Werten, die zum Grundverständnis der westlichen Welt gehören, vereinbar sei.

Dazu gehören zum Beispiel Fragen nach der Akzeptanz sexueller Vielfalt, Abtreibung bzw. ob religiösen Regeln oder das Grundgesetz wichtiger seien.¹ Diese Fragen zielen auf Themen und Wertvorstellungen, die sich primär aus dem Selbstverständnis der deutschen, säkularen Gesellschaft speisen, und führen mitunter zu der Annahme von Konflikten, ohne diese wirklich zu überprüfen. Mit anderen Worten: Wo eine kognitive Unvertrautheit gegenüber jemandem herrscht, „weil wir seine Bräuche und Gewohnheiten, womöglich auch seine Werte und Normen nicht kennen“ gedeiht schnell die Annahme einer normativen Fremdheit: „Oft unterscheiden sich die Normen gar nicht so sehr voneinander, wie angenommen wird, weil Unvertrautheit dazu führen kann, dem Anderen zu unterstellen, er folge Normen, die mit den eigenen unvereinbar seien.“²

Verstellt wird der Blick darauf, dass das Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und auch ganz ohne Glauben im Alltag in vielen Regionen Deutschlands selbstverständlich ist. Anders freilich in Gebieten, in denen wenige Migrant*innen und wenige Christ*innen leben, also insbesondere im Großteil der ostdeutschen Bundesländer.

In beiden Konstellationen gibt es selten Räume und Anlässe, sich über die gelebte Religiosität und das Zusammenleben in unserer Demokratie auszutauschen – ob in Freizeit, Schule oder außerschulischer Bildung. Gerade dieser Austausch ist aber wichtig, um Gefühlen von Fremdheit und gespiegelt dazu auch von Ausschluss und Diskriminierung entgegenzuwirken. Denn das Zerrbild eines als einheitlichen, potentiell bedrohlich konstruierten Islam und die damit einhergehenden Zuschreibungen sind eine schwere Bürde für einen unvoreingenommenen Austausch.

Politische Bildung muss daher mehr Räume schaffen, in denen Jugendliche sich über Fragen austauschen können, die den eigenen, aber auch den Glauben ihrer Mitmenschen, betreffen – fundiert und sensibel für Diskriminierungen, aber auch unvoreingenommen, neugierig und spielerisch. Dies kann Fragen religiöser Alltagspraxis beinhalten: „Wie oft betest du und was bedeutet das Gebet für dich?“ oder „Welche Feste feiert deine Familie?“ Und es kann mit der Zeit weiterführen zu den Themen, die Jugendliche natürlich auch sehr bewusst wahrnehmen, nämlich nach den möglichen Spannungsfeldern zwischen bestimmten Auslegungen einer Religion und damit verbundenen Traditionen zu den Erwartungen, Werten und Gesetzen in Deutschland. Das gilt für den Islam ebenso wie für das Christentum.

Positionen, Streit, Anerkennung – Sprechen über Religiosität

Ein Austausch über Religion, über individuelle Glaubensinhalte oder die Bedeutung von Spiritualität ist anspruchsvoll. Viele Jugendliche, aber auch Fachkräfte der politischen Bildung fühlen sich unsicher, wenn das Thema Religion zur Sprache kommt: Was darf ich fragen und was nicht? Welche Formulierungen sind stigmatisierend? Wie kann man problematische Aussagen erkennen und thematisieren? Der Umgang damit hängt davon ab, wie persönlich Gespräche über Religiosität wahrgenommen werden und ob es Übung gibt, darüber auch in Gruppen miteinander zu sprechen. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie stark politische Bildner*innen eigene Werte und Überzeugungen in Prozesse einbringen und transparent machen dürfen und sollen.

Im Projekt „Alles Glaubenssache?“ stehen gerade diese bildungspraktischen Fragen im Mittelpunkt: Welche Formate, Methoden und Themen sind geeignet, um mit Jugendlichen über Religion und Religiosität jenseits der durch Medien vorgezeichneten Klischees zu sprechen? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit Gespräche und Begegnungen, die diese Themen behandeln, zu einem gelungenen Zusammenleben in konkreten Gruppen beitragen?

Es gibt nicht die eine Methode, die eine Frage oder das eine Thema, um den wechselnden Kontexten, in denen politische Jugendbildung operiert, gerecht zu werden. So macht es einen Unterschied, ob die Gruppe aus Jugendlichen mit und ohne unterschiedlichste religiöse Prägungen besteht, oder ob sie (bezüglich ihrer religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen) weitgehend homogen zusammengesetzt ist, was in vielen Fällen auch heißt, dass sie wenig Erfahrung mit Diversität hat.



Was braucht es, um solche Gespräche in unterschiedlichen Situationen fruchtbar für alle Beteiligten zu machen, um die Reproduktion von Klischees und Diskriminierungen möglichst auszuschließen?

Die politische Bildung kann auf reichhaltige Erfahrung mit ähnlichen und verwandten Themen zurückgreifen. Es gibt vielfältige Ansätze und Methoden, um zu Themen wie Religion und Demokratie, Werten und Spielregeln oder strukturellen Ungleichheitsverhältnissen zu arbeiten. Fragen von Identität und Diversität werden durch die politische Bildung in vielfältigen Methoden und Workshops bearbeitet, stets mit dem Ziel Jugendliche zu stärken und zu empowern, ihnen Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das gilt sowohl für die Akteure, die sich dezidiert mit Deradikalisierungsarbeit und extremen Einstellungen auseinandersetzen als auch für Institutionen der politischen Jugendbildung. Konkret kann zum Beispiel auf Workshops zum interreligiösen Dialog in den Netzwerkstellen der Evangelischen Trägergruppe, die Materialien zur Ausstellung „Was glaubst du denn?“ oder die Materialien aus dem Projekt „Bild machen!“ verwiesen werden.³ Ein wichtiges Ziel im Projekt war es daher, diese diversen Erfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen, sich über erfolgreiche Methoden auszutauschen und Nachbesserungsbedarf in den Konzepten zu identifizieren. Mit diesem Ziel lud die Evangelische Trägergruppe unter anderem im November 2018 zu einem Teamer*innen-Workshop ein. Einen besonderen Schwerpunkt bildet darüber hinaus die Arbeit an neuen Methoden, die Pädagog*innen wie Jugendlichen einen einfachen Einstieg in das Sprechen über Religion und Religiosität ermöglichen.

Im Projekt „Alles Glaubenssache?“ entwickelt die Evangelische Trägergruppe daher mit der Zeichnerin Soufeina Hamed Bilder und Comics zu Themen wie Zugehörigkeit, religiöser Alltagspraxis, dem Platz von Religionen in der Öffentlichkeit, Heimat und Medien. Es geht darum, Themen zu identifizieren, die für Jugendliche relevant sind und zugleich auch das Gespräch über gesellschaftspolitische Fragen öffnen. Die Herausforderung besteht zweifelsohne darin, Komplexität und Vielschichtigkeit abzubilden und Klischees und Vorurteile zu vermeiden. Die so entstehenden neuen Methoden und Materialien sollen in der weiteren Folge des Projekts erprobt und weiterentwickelt werden. Ziel ist es, diese im Netzwerk der Evangelischen Trägergruppe, aber auch darüber hinaus insbesondere im Kontext des Programms „Respekt Coaches“ der Jugendmigrationsdienste zu multiplizieren.

Prävention und politische Bildung

Mit den beschriebenen Schwerpunkten verortet sich das Projekt „Alles Glaubenssache?“ eindeutig in einem präventiven und ressourcenorientierten Ansatz. Dies entspricht dem Verständnis politischer Bildung in der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Das Projekt richtet sich an alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit. Damit dies auch in der Praxis gelingt, müssen die Spannungen, die sich zwischen dem Selbstverständnis der politischen Bildung und den Zielen der Prävention ergeben jedoch deutlich benannt und reflektiert werden. Prävention zielt immer darauf, eine zukünftige negative Entwicklung durch geeignete Maßnahmen in der Gegenwart zu verhindern. Damit ist Prävention zunächst defizitorientiert. Diese Defizitorientierung darf die politische Jugendbildung nicht in ihre Ansätze und Methoden übernehmen, weil sie dann Gefahr läuft, selbst Ausgrenzungen und Stigmatisierungen zu reproduzieren. Im Fokus politischer Bildung steht nicht die Frage, „Wie verhindern wir eine negative Entwicklung?“, sondern: „Wie gelingt Zusammenleben?“

Das Projekt geht allerdings davon aus, dass es Fähigkeiten und Ressourcen gibt, die Menschen widerstandsfähiger gegen extreme Ansprachen und Einstellungen machen. Dazu gehören unter anderem Erfahrungen erfolgreicher Beziehungen, Ambiguitätstoleranz, Selbstwirksamkeitserwartung und Konfliktfähigkeit. Zusammengefasst werden diese Kompetenzen als Resilienz beschrieben.⁴

Damit stehen Ansatzpunkte zur Verfügung, um mit einer ressourcenorientierten Bildungsarbeit Jugendliche zu stärken und gleichzeitig religiös begründetem Extremismus und anderen Ideologien entgegenzuwirken. Zentrales Charakteristikum primärpräventiver Arbeit ist, dass nicht eine spezifische Risikogruppe in den Blick genommen wird, sondern dass alle Jugendlichen erreicht werden sollen. Dafür gibt es gute Gründe: Erstens können grundsätzlich alle Jugendlichen extreme Überzeugungen übernehmen. Zweitens gibt es keine hinlänglichen Kategorien oder Instrumente, um potentiell gefährdete Jugendliche zu identifizieren: Wir wissen nicht, wer mit extremen Ansichten liebäugelt und finden es auch nicht unbedingt in unseren Maßnahmen und Workshops heraus. Drittens hat sowohl die Arbeit gegen Antisemitismus als auch die Arbeit gegen Rechtsextremismus gezeigt, dass es zentral für den Erfolg präventiver Arbeit ist, jene zu stärken, die klar Stellung gegen extreme Aussagen beziehen, und alternative Bezugspunkte und Narrative anzubieten.⁵

Prävention und politische Jugendbildung sind also nicht gleichzusetzen. Politische Jugendbildung kann jedoch einen Beitrag dazu leisten, Resilienz zu stärken, Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken und prodemokratische Einstellungen zu stärken. Eine solche primärpräventive Arbeit darf jedoch nicht durch eine Logik des kurzfristigen Eingriffs aus akutem Anlass entstehen, sondern muss dauerhaft angelegt und gefördert werden.

1. Siehe z.B. Pollack, Detlef (2016): Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Münster, S. 14. Online verfügbar: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_turkeist__mmiger.pdf, Zugriff: 2.8.2018 und Koopmans, Ruud (2013): Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. WZB-Mitteilungen, Heft 142, Dezember 2013 S. 21–25, S. 22. Online verfügbar: <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2013/f-18232.pdf>, Zugriff: 2.8.2018. Es lässt sich argumentieren, dass das Grundgesetz und die Scharia hier als Chiffre für „unsere Werte“ und „deren Werte“ dienen. Die Forderung ist dann, „unsere“ Werte zu übernehmen und sie über „ihre“ Werte zu stellen.
2. Münkler, Herfried; Münkler, Marina (2016): Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin, S. 204 f.
3. Siehe: <http://www.wasglaubstduenn.de/> und <https://www.bildmachen.net>, Zugriff: 6.8.2018.
4. Bröckling, Ulrich (2017): Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste. Berlin, S. 113.
5. So ist es z.B. erklärtes „Ziel der Amadeu Antonio Stiftung [...], eine zivile Gesellschaft zu stärken, die der Entwicklung einer rechtsextremen Alltagskultur entgegen tritt.“ Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2005): Was tun gegen Antisemitismus? Berlin, S. 43. Online verfügbar: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_antisemitismus.pdf, Zugriff: 10.8.2018.

Ole Jantschek ist Pädagogischer Leiter der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Jakob Rosenow arbeitet als Projektkoordinator für das Projekt „Alles Glaubenssache?“.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.) (2018): Diversity rules! Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft. Jahrbuch 2018. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 66–71. www.politische-jugendbildung-et.de

